



Kita ist kein Kinderspiel

2, 3

Der VPOD Bern kämpft für bessere Anstellungsbedingungen in den Kitas und eine GAV-Pflicht. Am 31. August überreichte der VPOD dem Präsidenten des Grossen Rates eine Petition mit über 6'000 Unterschriften.

Applaus reicht nicht: VPOD-Spital-Umfrage

4, 5

Überstunden abgebaut, Isolation beendet, der Applaus verklungen. Wie geht es weiter? Mach mit bei unserer Umfrage zur Arbeit im Gesundheitswesen.

75 Jahre VPOD-Mitglied

6

Hermann Stich ist schon 75 Jahre im VPOD dabei. Die Seite der JubilantInnen.

Wahlen in Biel und Ostermündigen

7

Die Wahlempfehlungen des VPOD.

Über 6'000 Unterschriften gesammelt

Kita ist kein Kinderspiel

Über 6'000 Personen haben innerhalb von zweieinhalb Monaten die VPOD-Petition «Kita ist kein Kinderspiel» unterschrieben. Das ist eine stattliche Zahl. Der VPOD hat die Petition dem Grossratspräsidenten Stefan Costa vor dem Start der Herbstsession übergeben. Mit dabei waren engagierte Kita-Mitarbeitenden und ein Riesentintenfisch.

Innert kurzer Zeit haben mehr als 6'000 Personen die Kita-Petition unterschrieben. Online und in den Kitas wurde eifrig gesammelt. Auch viele Eltern unterstützten die Anliegen des Personals, denn eine gute Betreuungsqualität hängt entscheidend von guten Arbeitsbedingungen ab. An dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die mitgeholfen haben, dass die Petition zu einem Erfolg wurde.

Der VPOD übergab Stefan Costa, Grossratspräsident, am 31.8. die Kita-Petition. An die Mitglieder



Betreuungsgutscheine werden im Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG) gesetzlich verankert. Darum müssen auch hier Vorgaben des Gesetzgebers gemacht werden.

Der Grosse Rat hat bereits am Tag nach der Einreichung der VPOD-Petition das SLG beraten. In einer ersten Lesung wurden auch zwei Minderheitsanträge der vorbereitenden Kommission behandelt. Diese Anträge verlangen, dass die Leistungserbringer, insbesondere die Kitas, verpflichtet werden, sich einem Branchen-Gesamtarbeitsvertrag anzuschliessen oder ansonsten Mindestanforderungen einzuhalten, die der Kanton vorgibt. Leider wurde die GAV-Pflicht in der ersten Lesung abgelehnt.

der Grossen Rates wurden danach Flyer mit der Aufforderung, die Arbeitsbedingungen in den Kitas zu verbessern, verteilt. Dabei ergab sich die eine oder andere Diskussion mit engagierten Kita-Mitarbeitenden.

Der VPOD fordert in seiner Petition unter anderem eine GAV-Pflicht für die Kita-Branche. Bisher konnten die einzelnen Gemeinden den Anbietern von subventionierten Plätzen Vorgaben zu den Arbeitsbedingungen machen. Diese Möglichkeit entfällt mit der Einführung von Betreuungsgutscheinen. Die



Kinderbetreuung am Limit!

azi. Das ist das Motto einer Zürcher Demo für die Kinderbetreuung. Sie findet in Zürich am Samstag, 26. September 2020 statt. 13.30 Uhr Besammlung beim Rathaus Zürich, danach Kundgebung auf der Kasernenwiese. Details auf www.trotzphase.ch. Der VPOD Zürich freut sich auf Unterstützung aus Bern!

Der VPOD wird sich dafür einsetzen, dass der Grosse Rat in einer zweiten Lesung des Gesetzes auf eine Verpflichtung der Betriebe einschwenkt und prüft, ob er sonst das Referendum ergreifen will. Zur Erinnerung: Auch beim Spitalversorgungsgesetz SpVG konnte der GAV-Passus mit einer Volksabstimmung durchgesetzt werden.

Weitere zentrale Punkte der Petition wie mehr und unangemeldete Kontrollen der Betreuungsschlüssel und zusätzliche öffentliche Gelder für Kitas wird der Grosse Rat in der nächsten Zeit diskutieren. Der VPOD wird daher weiterhin Druck machen, damit die Anliegen des Kita-Personals in der Politik ernst genommen werden.

Angela Zihler



Voranschlag 2021 – Corona-Pandemie fordert ihren Tribut

Einbruch bei den Steuereinnahmen, Kürzungen beim NFA – die Finanzen des Kantons Bern kommen einmal mehr unter Bedrängnis. Der VPOD fordert: keine Korrekturen auf Kosten des Personals!

Ein Minus von 630 Millionen Franken – das sieht der Voranschlag des Regierungsrates für das Jahr 2021 vor. Im Aufgaben- und Finanzplan AFP verringern sich die Defizite, die Ergebnisse bleiben aber negativ: 2022 CHF -580 Mio., 2023 CHF -321 Mio., 2024 CHF – 111 Mio. Trotz diesen düsteren Aussichten hält der Regierungsrat an den vom Grosse Rat in der Frühjahrssession beschlossenen Steuersenkungen fest, die nur zum Teil gegenfinanziert sind.

Konkrete Vorschläge, wie die dreistelligen Fehlbeträge reduziert werden könnten, legt der Regierungsrat nicht vor. Er setzt auf den «Dialog» mit der Finanzkommission – und überlässt damit die Verantwortung voll und ganz dem Parlament. Der Regierungsrat wirft einzig drei Ideen in den Raum, die aus Sicht des VPOD nicht akzeptabel oder nicht sinnvoll erscheinen: Inakzeptabel ist der Verzicht auf das Lohnsummenwachstum von 0.7% in den Jahren 2021 und 2022, nicht sinnvoll scheint uns eine dreifache Budgetierung der Gewinnausschüttung der Nationalbank sowie eine Kürzung der Mittel für die Uni Bern. Die Erfahrungen der letzten Spar- und Abbaupakete lassen nichts Gutes erahnen. Der VPOD ist glücklicherweise gut in der Finanzkommission vertreten. Wir werden alle Korrekturmaßnahmen, welche zu Lasten des Personals, der Bildung und des Gesundheits- und Sozialbereiches gehen, konsequent ablehnen und versuchen, in erster Linie auf Massnahmen setzen, welche die Einnahmesituation des Kantons verbessern.

Béatrice Stucki

Applaus! Und was wäre echt gerecht?

Überstunden abgebaut, Isolation beendet, Applaus verklungen. So sieht es schon kurz nach dem Lockdown aus. Nicht alle mussten zu Hause bleiben: wer im Spital arbeitet, leistete viel, war flexibel und hat nun das Nachsehen. Doch wo wollen wir hin? Der VPOD befragt dazu diejenigen, die es betrifft: das Personal im Spital, in der Psychiatrie, in der REHA-Klinik aber auch im Alters- und Pflegeheim und der Spitex.

Seit Mitte März ist niemand in unserer Gesellschaft vor dem Einfluss eines Erregers auf uns als Bevölkerung verschont geblieben. Unsere sozialen Kontakte haben sich verschoben, die Kinder mussten beschult und vieles anders organisiert werden, unsere Hobbies verkleinerten sich auf unsere Wohnumgebung. Auch die Arbeit veränderte sich für viele: sie mussten Home-Office machen, hatten Kurzarbeit oder mussten sich um eben diese Kinder kümmern. Im Gesundheitswesen mussten fast alle weiterarbeiten und dies war kaum im Home-Office möglich. Die Spitäler und Psychiatrien wurden faktisch geräumt, man stellte sich auf eine riesige Welle ein. Die Dienste der Angestellten wurden ausgeweitet auf 12.5 Stunden täglich, damit sich jeweils nur die Hälfte eines Teams infizieren könnte. Alles Nichtdringliche wurde abgesagt und auf einen unbekanntem späteren Zeitpunkt verschoben. Weil nichts zu tun war, wurden viele nach Hause geschickt um sich dort bereit zu halten. Geplante Ferien mussten bezogen werden. Während dieser Ferien wurde aber teils Rufbereitschaft verordnet: Wenn die Arbeitgeberin sich meldet, müsste man innert einer Stunde vor Ort sein können.

Andere, insbesondere das Personal der Intensivstationen aber auch anderer Bereiche wie der Reinigung waren enorm belastet. Sie leisteten alle Überzeit und Überstunden ohne zu mäkeln. Es gehört ja auch zum Beruf. Auch wurden teils Angebote ausgeweitet, weil Angehörige nicht mehr zu Besuch kommen konnten oder Kranke am Wochenende nicht mehr nach Hause durften.

Zum Glück kam es anders. Die erste Welle ging glimpflich vo-



rüber bei uns. Was bleibt sind erschöpfte Eltern, eine gewisse Furcht vor der zweiten Welle. Aber auch Dienstpläne mit enormen Minusstundensaldi. Oder solche mit einer satten Null, nachdem man jahrelang Überstunden angesammelt hatte. Die Covid-Krise hat eine gewisse Strukturbereinigung im Gesundheitswesen mit sich gebracht.

Die Rechtslage dazu ist eigentlich klar: Minusstunden müssen saldiert werden. Das heisst sie werden gestrichen und auf null gesetzt. Einige Arbeitgeberinnen sehen dies ebenfalls ein. Sie saldieren auf null oder auf den Wert, den die Arbeitnehmenden am 16.3.20 zum Zeitpunkt des Lockdowns hatten. Es sind zum Glück die grossen Betriebe, die dies eingesehen haben. So konnte für die Mehrheit der GAV-Unterstellten eine gute Lösung gefunden werden. Aber es gibt andere Betriebe, die anders argumentieren. Sie finden es ok, wenn ein Arbeitszeitmodell 40 Minusstunden vorsieht,



Protestwoche Gesundheit 26. – 31. Oktober 2020

In der letzten Oktoberwoche plant der VPOD in der ganzen Schweiz eine Protestwoche im Gesundheitswesen. Melde dich beim VPOD-Sekretariat (info@vpodbern.ch), falls du in deinem Betrieb, deiner Region aktiv werden willst. Gekrönt wird die Woche mit einer Aktion auf dem Bundesplatz am 31. Oktober.

dass sie diese 40 Minusstunden stehen lassen. So schieben sie das ganze betriebliche Risiko auf die Angestellten ab. Anders als in normalen Jahren, in denen es ja tatsächlich Schwankungen geben kann, wird diese Schwankung aber nicht übers Jahr normal kompensiert. Und die Angestellten hatten in diesem Jahr keine Mitbestimmung bei der Planung.

So zeigen sich die eklatanten Unterschiede in den einzelnen Spitälern und Kliniken. Aber auch in REHA-Kliniken. Der Umgang mit den angefallenen Minusstunden ist ein wichtiger Teil, wie der Betrieb von den Angestellten wahrgenommen wird. Und auch, wie gross die Flexibilität sein wird bei der nächsten Welle.

VPOD-Umfrage läuft

Der VPOD befragt nun das Personal in den Spitälern, Kliniken bei der Spitex und im Pflegeheim. Im Herbst beginnen, wie jedes Jahr, die Lohnverhandlungen. Dort können wir das erste Mal nach dem Lockdown etwas fordern. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen für die Angestellten verbessern. Wo wir ansetzen sollen, kann über die Umfrage die Basis sagen. Der VPOD will wissen, wie sich die Löhne entwickelt haben in den letzten Jahren, ob es Verbesserungen bei den Nachtzulagen braucht



Mit den Corona-Erfahrungen aber auch dem Schwung des Frauenstreiks geht der VPOD in die Verhandlungen mit den Spitälern

oder wie fair die Betriebe mit den Minusstunden, die während der Corona-Krise angefallen sind, umgehen. Die Mehrfachbelastung ist auch Thema. Und uns interessiert auch eine Forderung aus der Gesundheitskonferenz des VPOD Schweiz: das Rentenalter im Gesundheitswesen ist 64 und 65. Der VPOD Schweiz fordert, dass eine Frühpensionierung ab 60 möglich sein soll, bei voller Rente, analog zum Baugewerbe. Wir erfragen, ob dies ein Anliegen bei den Angestellten im Kanton Bern ist. Falls auch du im Gesundheitswesen arbeitest und die Umfrage noch nicht ausgefüllt hast, findest



du die diese auf unserer Website unter: <https://bern.vpod.ch/brennpunkte/applaus-umfrage-spital/>

Meret Schindler

Neue Gehaltsordnung für Spitäler

Während der letzten zwei Jahre wurde die Gehaltsordnung des GAV Spitäler und Kliniken überarbeitet. In der Gehaltsordnung werden alle Berufe in den Spitälern abgebildet und einem Lohnband (früher Gehaltsklasse) zugeordnet. Materiell hat sich nichts verändert. Es wurden keine Neueinstufungen vorgenommen. Zum Bedauern des VPOD wurde keine Arbeitsplatzanalyse durchgeführt. Die aktuellen Einstufungen beruhen auf der Arbeitsplatzanalyse aus dem Jahr 1998. Es ist eine vertane Chance! Ein kleiner Erfolg konnte bei den Psychologinnen und Psychologen erzielt werden: Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Verband Berner Psychologinnen und Psychologen (VBP) konnten endlich die Berufsbezeichnungen angepasst werden. Bisher waren Psychologinnen und Psychologen als Psychologe 1-7 abgebildet. Neu heissen sie Assistenzpsychologin, Oberpsychologin und leitende Psychologin. Die Nomenklatur wurde somit jener der Ärztinnen und Ärzte angepasst, was zeitgemäss ist. Nur die neue Klasse der Chefspsychologin konnte nicht ergänzt werden, da diese Gehaltsklasse bisher gar nicht vorgesehen war. Das neue Produkt heisst Richtfunktionen GAV, kurz RF GAV. Wer sich ein Bild davon machen will: Es ist bei uns auf der Website unter Gesundheit und Anstellungsrechte zu finden.

JubilarInnen des VPOD Region Bern

Wir gratulieren unseren langjährigen Mitgliedern ganz herzlich. Die JubilarInnenfeier des VPOD findet direkt nach der HV VPOD Bund und Kanton am Dienstag, 17. November 2020 um 19 Uhr im Hotel Bern statt: Jubilarinnen und Jubilare haben eine persönliche Einladung erhalten (bitte anmelden).



VPOD Bern Kanton

25 Jahre

Aeschlimann Margret
Blau Christine
Bühlmann Evelyn
Bürki Mc Alavey Regina
De Keyzer Kees
Diener Irene
Florin Anna Maria
Fuhrer Rosmarie
Gerber Monique
Grob Eva
Hutter Maibach Martina
Jost Daniel
Kobi Anja
Lussi-Lederer Patricia
Lutz Georg
Pauli Peter
Rickenbach Markus
Rytz Madeleine
Schmid Flückiger Annemarie
Schneeberger-Kobel Thomas
Schneider Arno
Schweingruber Olivia
Stäuble Margrit
Tola Rita
Weber Fritz
Wehrli Andrea
Wiesendanger Eva

40 Jahre

Bangerter Tschone
Bäschlin Elisabeth
Born-Wyder Susanne
Brand André
Buri Barbara
Fluder Robert
Frank-Weber Ruth
Gasser Hanspeter
Geissbühler Stefan

Gerber Erika
Gisel Esther
Jacobi Marianne
Kelterborn Doris
Landert Christine
Lehmann Werner
Lehmann Maria
Linder Regine
Löffel Hans
Méroz-Affolter Marie-Anne
Merz Eva
Münger Kathrin
Neuhaus Marianne
Noirjean Fabienne
Oberer Ruth
Pfister Pjotr
Schild Anne-Lise
Schüepf Stephan
Studer-Winiger Elisabeth
Zengaffinen Andrea

50 Jahre

Gafner Christine
Jaberg Hans-Ueli
Stucki Hans
Stucki Margrit

60 Jahre

Gurtner Werner

75 Jahre

Stich Hermann

VPOD Bern Bund

25 Jahre

Bugnard Denis
Hugi Monika
Latif Birgit
Scheidegger Rolf
Zingg Niklaus Emanuel

40 Jahre

De Spindler Therese
Gautschi Fritz
Geisser Marianne
Graf Irene
Graser Bernhard
Herzog Jost
Koch Thomas
Merlach René
Nussbaumer Markus
Perrenoud Marc
Ryser Simon

50 Jahre

Baumgartner Kurt
Gysin Erhard
Hirschi Hans



Zum Gedenken

an unsere seit Frühling 2019
verstorbenen KollegInnen

Angehrn Markus, 1947
Favre Jacques, 1942
Haldemann Mario, 1947
Wüthrich Willy, 1932
Bula Hansruedi, 1937
Schori Rudolf, 1945
Schmidlin Stephan, 1949
Brunner Nathalie, 1970
Gsteiger-Bolliger Vreni, 1939
Von Lerber Daniel, 1943
Fuhrer Adelheid, 1935
Borter Beat, 1949

VPOD-GewerkschafterInnen wählen

Am 27. September finden in Biel und Ostermundigen Wahlen statt. Wir empfehlen die folgenden VPOD-Mitglieder zur Wahl.

Biel / Bienne

Prasidium und Gemeinderat

Erich Fehr, Stadtpräsidium und Gemeinderat, bisher
Lena Frank, Dipl. Pflegefachfrau HF, Kandidatin
Gemeinderat
Isabelle Iseli, Economiste, Kandidatin Gemeinderat



Erich Fehr, Stadtpräsident Biel, bisher



Bettina Fredrich, Kandidatin Präsidium Ostermundigen

Stadtrat

Liste 4: JUSO / JS
Lea Daum, Fachangestellte Gesundheit
Manon Cuixeres, Codeuse-interprète

Liste 5: Passarelle

Rita Wäfler, Lehrerin

Liste 6: Grünliberale / Vert>libéraux

Thomas Briggen, Geschäftsführer
Niels Arnold, Unternehmensberater

Liste 8: Grüne / les Verts

Lena Frank, Dipl. Pflegefachfrau HF, bisher
Isabelle Iseli, Economiste
Urs Scheuss, Stv. Generalsekretär Grüne Schweiz
Ariane Tonon, Responsable de projets HEP
Muriel Beck Kadima,
Bundesverwaltungsrichterin

Liste 11: SP

Salome Strobel,
Sachbearbeiterin, bisher
Alfred Steinmann, Schulischer
Heilpädagoge, bisher
Juliet Bucher, Fachangestellte
Gesundheit

Liste 12: PSR

Pierre Ogi, Horticulteur retraité,
sortant

Ostermundigen

SP

Bettina Fredrich, Co-Fraktionspräsidentin SP/Grüne/Gewerkschaften,
Kandidatin GR und Gemeindepräsidium
Andreas Thomann, Gemeinderat, bisher
Maya Weber Hadorn, Gemeinderätin, bisher
Kathrin Balmer, Präsidentin SP Ostermundigen, GGR-Kandidatin GGR

Grüne

Adrian Tanner, GGR und GR-Kandidat, Vizepräsident GGR
Anton Lehmann, Kandidat GGR

Anmeldung – Mitgliedschaft – Bestellungen

Talon

Anmeldung und Bestellungen auch an: info@vpodbern.ch

- Ich melde mich an für die Hauptversammlung VPOD Bern Bund und Kanton vom Dienstag, 17. November 2020 17.30 Uhr im PROGR Bern
- Ich bestelle zum Verteilen:
_____ deutsch _____ französisch
- Der VPOD interessiert mich. Schickt mir bitte Informationsmaterial.
- Ich möchte dem VPOD beitreten.

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-mail _____

Beruf _____

Arbeitsort _____

Einsenden an: VPOD Bern, Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Telefon 031 371 67 45, E-mail: info@vpodbern.ch

Veranstaltungen

15. September: Gruppe Insel

Dienstag, 15. September 17.00–18.15 Uhr im Kinderspital, Bibliothek 217

17. September: Gruppe PZM

Donnerstag, 17. September 12.15–13.00 Uhr im Psychiatriezentrum Münsingen, H3, 2. OG, Raum 220

26. September: Demo für die Kinderbetreuung

Kinderbetreuung am Limit: Betreuungspersonal, Eltern und solidarische Menschen demonstrieren gemeinsam für die Kinderbetreuung.

Samstag, 26. September 13.30 Uhr Besammlung beim Rathaus Zürich, Demo, Schlusskundgebung auf der Kasernenwiese

Die Kundgebung wird organisiert von der Gruppe Trotzphase und vom VPOD unterstützt.

27. September: Abstimmungen

NEIN zur «SVP-Entrechtungsinitiative», zur «Steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten» und zur «Beschaffung neuer Kampfflugzeuge». Und ein klares JA zum Vaterschaftsurlaub.

26–31. Oktober Protestwoche Gesundheit

In der letzten Oktoberwoche plant der VPOD in der ganzen Schweiz eine Protestwoche im Gesundheitswesen. Melde dich beim VPOD-Sekretariat (info@vpodbern.ch), falls du in deinem Betrieb, deiner Region aktiv werden willst. Gekrönt wird die Woche mit einer Aktion auf dem Bundesplatz am 31. Oktober.

17. November: HV VPOD Bern mit VPOD-Präsidentin Prelicz-Huber

Zur Hauptversammlung (HV) sind alle Mitglieder des VPOD Bern Kanton und des VPOD Bern Bund herzlich eingeladen.

Dienstag, 17. November: 17.30 Uhr HV VPOD-Sektionen Bern Kanton und Bund, Referat und Diskussion mit der VPOD-Präsidentin und Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber. 18.30 Uhr kleines Apéro, PROGR Bern (Eingang Seite Waisenhausplatz). Coronabedingt bitten wir um eine Anmeldung für die Hauptversammlung (info@vpodbern.ch, 031 371 67 45).

Die detaillierte Einladung folgt im nächsten Standpunkt.

Mehr Infos sowie weitere Termine Treffen der VPOD-Gruppen auf www.bern.vpod.ch

Aktuell

■ Referendum Sonntagsarbeit unterschreiben

Es braucht keine zusätzlichen Sonntagsverkäufe! Gewerkschaften, SP, Grüne und EVP und Sonntagsallianz unterstützen aus Solidarität mit den VerkäuferInnen das Referendum. Bitte unterschreibt das kantonale Referendum in der Beilage und schickt es sofort ab.

Zwei Sonntage im Jahr, das reicht! Bereits heute müssen VerkäuferInnen sechs Tage in der Woche und zwei Sonntage im Jahr mit oft sehr flexiblen Arbeitszeiten arbeiten. Zusätzliche Sonntagsarbeit lehnt das Verkaufspersonal ab, weil es seine Arbeitsbedingungen verschlechtert. Der Sonntag ist ein Ruhetag! Der Sonntag hat der Erholung und Entspannung sowie der Pflege der familiären und sozialen Kontakte zu dienen. Auch das Verkaufspersonal – mehrheitlich Frauen – hat einen Anspruch darauf. Sonntagsarbeit ist eine Ohrfeige für die VerkäuferInnen! Während der Coronakrise galten sie als systemrelevant und erhielten

viel Lob. Nun will der Grosse Rat die Sonntagsarbeit ausweiten. Das ist unverschämt. Applaus reicht nicht aus: die Arbeit der VerkäuferInnen muss aufgewertet und nicht abgewertet werden! Denn: Der Schutz im Detailhandel ist ungenügend. Die Löhne sind tief und die Arbeitsbedingungen schwierig. Für einen grossen Teil der Beschäftigten gibt es keinen GAV und keine Sozialpartnerschaft.

Zusätzliche Sonntagsarbeit ist ein Nullsummenspiel auf dem Buckel der Beschäftigten. Die Unternehmen schaffen weder neue Stellen noch steigt ihr Umsatz. Denn die KonsumentInnen haben zum Ausgeben nicht mehr Geld in der Tasche. Und: Zusätzliche Sonntagsarbeit begünstigt Supermärkte, Einkaufszentren und grosse Ladenketten. Kleine Geschäfte können nicht mithalten und geraten zusätzlich und unnötig unter Druck.